

2

2024 / Frieden und die Nachhaltigkeitsziele: Warum das Lokale zählt / **NACHHALTIGER FRIEDEN**

2.1 ➤ Aktuelle Trends bei Armut, Hunger und Frieden

2.2 ➤ Falsche Strategien?
Warum Armut, Hunger und Gewalt andauern

↓ **EMPFEHLUNGEN****2**

72

- 1 Machtgefälle abbauen** Zwischen internationalen und lokalen Akteur:innen aber auch innerhalb gewaltbetroffener Gesellschaften ist Macht ungleich verteilt. Transparenter und inklusiver Wandel ist nötig, der tatsächlich „niemanden zurücklässt“. Hierfür sind Werkzeuge wie Power Awareness Tools nötig, die über Do No Harm hinausgehen.
- 2 „Lokalisierung“ der internationalen Krisenhilfe vertiefen** Lokale Hilfsorganisationen und von Krisen Betroffene müssen führend in Kontextanalysen, Projektentwicklung und -abwicklung einbezogen sein. Der Humanitarian-Development-Peace-Nexus-Ansatz (HDP-Nexus) sieht das nicht ausreichend vor.
- 3 Kontextsensibel und flexibel unterstützen** Um lokalen Frieden zu fördern, braucht es eine kontextsensible Strategie. Flexible Unterstützung, etwa in Form von Fonds wie dem Innovative Peace Fund, sollte an Gruppen und Netzwerken ansetzen, die Transformation bewirken können.
- 4 Nachhaltigkeitsziele zusammendenken** Deutschlands Kontinentstrategien sollten die Wechselwirkungen unterschiedlicher Politikfelder berücksichtigen und im Sinne der Lokalisierung auch die Facetten der einzelnen Länder reflektieren.
- 5 Nachhaltigkeitsziele nicht der Aufrüstung opfern** Steigende Rüstungsausgaben binden enorme Ressourcen. Die Nachhaltigkeitstransformation sollte gleichermaßen finanziell ausgestattet werden.
- 6 Den ländlichen Raum ganzheitlich fördern** Um Armut nachhaltig zu bekämpfen, müssen Landrechte gesichert, ländliche Infrastrukturen ausgebaut sowie Boden und Gewässer besser geschützt werden. Die Agrarpolitik der Europäischen Union (EU) sollte reformiert werden, um künstlich verbilligte Exporte zu verhindern.
- 7 Dschihadistischer und kriminell motivierter Gewalt in Westafrika vorbeugen** Dazu sollte die Bundesregierung die Präsenz staatlicher Strukturen in den nördlichen Grenzregionen westafrikanischer Küstenländer fördern und den Abbau historisch gewachsener Strukturen der Diskriminierung und Exklusion ganzer Regionen und Bevölkerungsteile unterstützen.
- 8 Örtliche Friedenskomitees stärker in bestehende Strukturen einbinden** Friedensinitiativen auf lokaler Ebene sollten durch Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Mitglieder gefördert werden. Sie müssen auf finanziell unabhängige Füße gestellt werden – etwa durch ökonomische Maßnahmen, die den Komitees Einkommen verschaffen.
- 9 Afrikanische Friedensmissionen stärker „bottom-up“ gestalten** Lokale Perspektiven der Bevölkerung sollten bei Planung und Evaluation einbezogen, Programmkomponenten zur Stärkung des Dialogs zwischen Regionalorganisationen und Interventionsgesellschaften ausgebaut werden.

NACHHALTIGER FRIEDEN /

Frieden und die Nachhaltigkeitsziele: Warum das Lokale zählt /

Mit den Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) hat die internationale Staatengemeinschaft 2015 ein ambitioniertes Handlungsprogramm verabschiedet. Die Agenda 2030 setzt unter anderem auf die Erfüllung von Grundbedürfnissen, auf die ökologische Tragfähigkeit von Entwicklung sowie auf Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Doch zur Halbzeit haben sich nur 15 % der Ziele so entwickelt wie geplant, wovon fragile Länder in Sub-Sahara Afrika besonders betroffen sind. Wie kann dieser Trend umgekehrt werden?

2.1 ✓ Aktuelle Trends bei Armut, Hunger und Frieden

Die Lage ist dramatisch, blickt man auf die Erreichbarkeit der Ziele SDG 1 (Bekämpfung von extremer Armut) und SDG 2 (Bekämpfung von Hunger). Das gilt auch für SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen): Bewaffnete Konflikte befinden sich weltweit nach wie vor auf hohem Niveau → 7/49. Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Assoziationsfreiheit werden zunehmend eingeschränkt und autokratische Herrschaftsformen breiten sich aus (→ V-dem Institute 2023).

Die ersten beiden SDGs sind zentral für die Befriedigung von Grundbedürfnissen. Gleichzeitig sind ohne die Gewährleistung von SDG 16 sämtliche anderen SDGs gefährdet, gemäß dem Diktum, das Willy Brandt am 3. November 1981 prägnant formulierte: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“¹ Zunächst gehen wir daher auf die Wechselwirkungen von Armut, Hunger und Frieden ein. Danach analysieren wir auf Grundlage von Daten der Vereinten Nationen (VN) sowie des Global Peace Index (GPI) die zentralen Trends in den drei Bereichen. Das Kapitel setzt in seinen Beispielen einen Fokus auf Afrika.

ZUR VERFLECHTUNG VON ARMUT, ERNÄHRUNGSUNSICHERHEIT UND ORGANISierter GEWALT

Weitverbreitete Armut ist nach wie vor einer der aussagekräftigsten Erklärungsfaktoren für bewaffnete Gewalt – führt sie doch zu gesellschaftlicher Unruhe und erleichtert die Rekrutierung von Kämpfer:innen. Hunger wiederum kann Ressourcenkonflikte auf lokaler Ebene verschärfen. Fehlen Rechtsstaatlichkeit und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung, nehmen Konflikte um den Zugang zu Ressourcen und öffentlichen Gütern zu. Umgekehrt sind Gewaltkonflikte ein entscheidender Faktor dafür, dass vor allem fragile Länder mit instabilen Institutionen und hoher Gewaltneigung in der „Konfliktfalle“ gefangen bleiben. Krieg und Gewalt führen zur Zerrüttung von Wirtschaftsstrukturen, zu Flucht und Vertreibung.

Armut, Hunger
und Gewaltkonflikte
verstärken einander

Extreme Armut ist ein Kennzeichen von fragilen und von Konflikten betroffenen Ländern. Wie die Weltbank in einem Bericht von 2020 zeigte, werden sich im Jahr 2030 voraussichtlich bis zu zwei Drittel der extrem Armen weltweit in diesen Ländern befinden, die insbesondere in Sub-Sahara Afrika liegen (→ World Bank 2020). Dass Krieg Armut beschleunigt, ist dabei evident. So ist in Gewaltkonflikten der Zugang zu Nahrungsmitteln schwieriger. Die Infrastruktur (Gesundheitsversorgung, Wasser und Strom, Straßen und Häfen) ist in Mitleidenschaft gezogen. Besonders verwundbare Gruppen sind überdurchschnittlich betroffen: Geflüchtete, Kinder und Frauen.

Der umgekehrte Zusammenhang ist ebenfalls relevant: Armut schwächt die Resilienz von Staat und lokalen Gemeinschaften. Autoritäten – ob formell (Regierungen, Justiz, Parlamente) oder informell (etwa Älteste, Chiefs, Religionsvertreter:innen) – sind nicht in der Lage oder nicht gewillt, öffentliche Dienstleistungen wie Sicherheit, Recht, Gesundheit oder Bildung zu erbringen, wodurch das Vertrauen der Bevölkerung untergraben wird. Außerdem begünstigen Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit eine teilerhebliche gesamtgesellschaftliche Perspektivlosigkeit. Im Zusammenspiel mit einem geringen Bildungsgrad erleichtert dies die Rekrutierung insbesondere junger Männer für Rebellen Gruppen. Gewaltsame Konflikte sind neben dem Klimawandel ein zentraler Faktor für Ernährungsunsicherheit, wobei die Zusammenhänge komplex und kontextspezifisch sind. Gewaltsame Konflikte können zu Ernährungskrisen führen, wenn die Bevölkerung aufgrund von Plünderungen oder der Zerstörung der Ernte und der landwirtschaftlichen Infrastruktur ihrer Lebensgrundlage beraubt wird, wie etwa im sudanesischen Darfur. Die Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit sind besonders gravierend, wenn große Teile der Bevölkerung aufgrund von Kriegshandlungen vertrieben werden. In extremen Fällen benutzen Konfliktparteien Hunger als Kriegsinstrument. Umgekehrt kann Ernährungsunsicherheit Konflikte verschärfen und zum Ausbruch von Gewalt beitragen, beispielsweise durch einen plötzlichen Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel (Kemmerling/Schetter/Wirkus 2022).

ERNÜCHTERNDE SDG-HALBZEITBILANZ

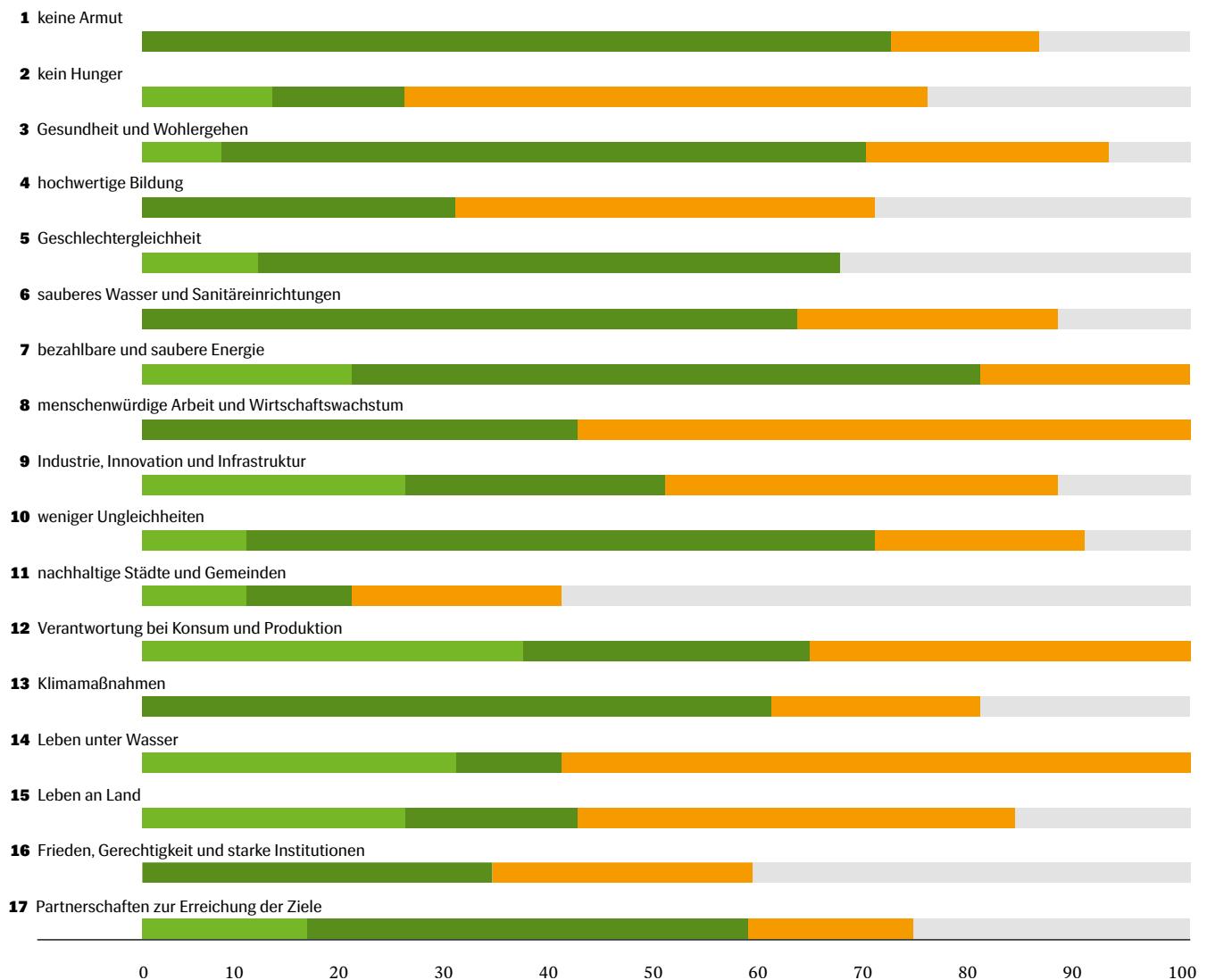
Die Bilanz der SDGs ist zur Halbzeit der Umsetzung der Agenda 2030 ernüchternd: Die meisten der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung können bis 2030 nicht erreicht werden → **20** / 75. Von den rund 140 Unterzielen, für die Trenddaten vorliegen, weicht die Hälfte mäßig bis stark vom angestrebten Kurs ab. Bei mehr als 30 % der Ziele sind keine Fortschritte oder sogar Rückschritte gegenüber dem Ausgangsjahr 2015 zu verzeichnen (→ Vereinte Nationen 2023: 8). Besonders betroffen sind die am wenigsten entwickelten Länder und Regionen, die von staatlicher und institutioneller Fragilität geprägt sind.

20 Fortschrittsbewertung für die 17 VN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) auf der Grundlage der bewerteten Zielvorgaben für 2023 oder aktuellste Daten

Quelle → 2 / 91

in Prozent

- auf Kurs oder Zielvorgabe erreicht
- guter Fortschritt, noch nicht schnell genug
- Stagnation oder Rückschritt
- Unzureichende Daten



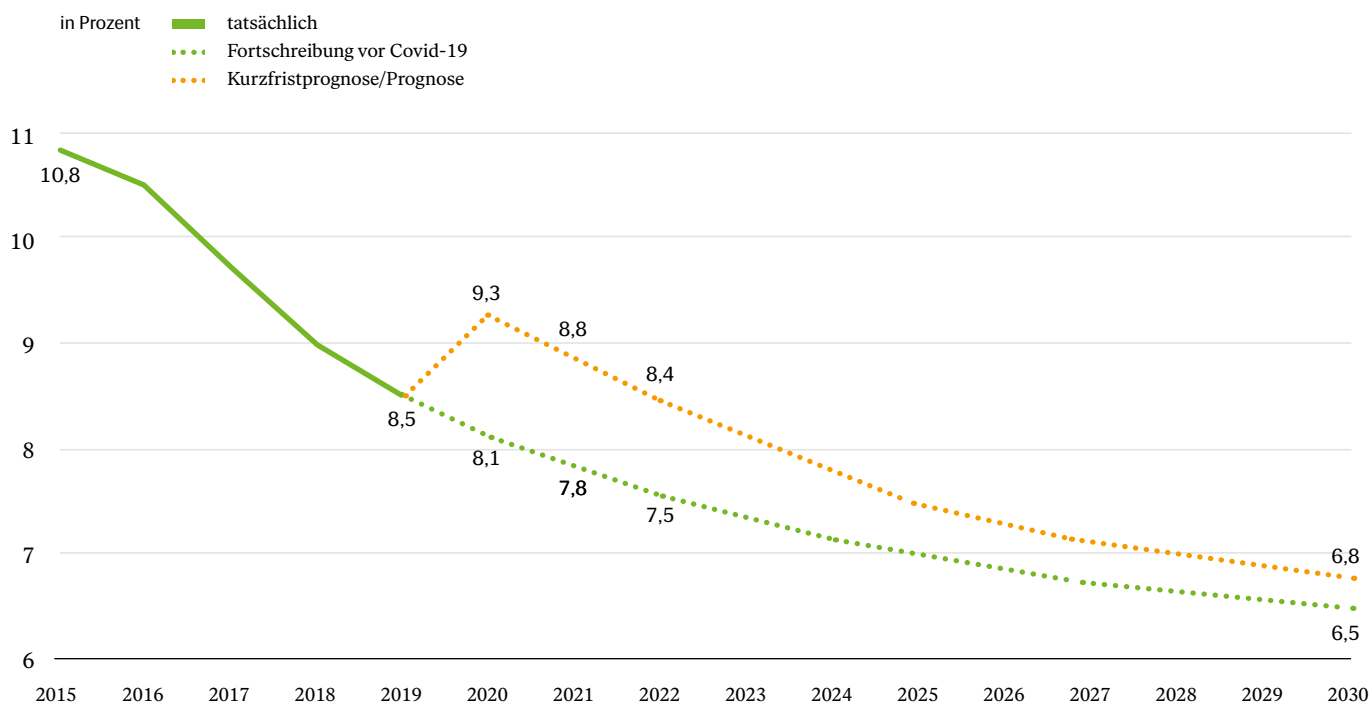
Dabei verzeichneten die VN in den ersten Jahren nach Verabschiedung der Ziele zunächst einige positive Trends, wenn auch mit großen regionalen Unterschieden. Extreme Armut und Kindersterblichkeit gingen weiter zurück, und es gab Fortschritte bei der Bekämpfung von Hepatitis und HIV. Der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zu Elektrizität stieg, und die Zahl der unter Schutz stehenden Meeresgebiete verdoppelte sich. Zugleich vollzogen sich die Fortschritte zu langsam und erwiesen sich angesichts multipler Krisen als fragil. Zuletzt erschwerte die Situation der Polykrise die Umsetzung der Agenda 2030. Der Klimawandel und die damit einhergehenden Extremwetterereignisse, die Covid-19-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine machten teils gar Fortschritte der vergangenen Jahre zunichte.

Globale Krisen
machen Fortschritte
bei den SDGs zunichte

Deutlich wird dies bei der Armutsbekämpfung (SDG 1). Mehr als zwei Jahrzehnte lang sank die Zahl der in Armut lebenden Menschen weltweit, wenngleich sich der Rückgang bereits zwischen 2015 und 2019 verlangsamte (→ Vereinte Nationen 2023: 12). Infolge der Covid-19-Pandemie nahm die extreme Armut (weniger als 2,15 US-\$ Einkommen pro Kopf und Tag) erstmals seit 1998 wieder zu. Schätzungen zufolge gerieten allein im Jahr 2020 über 71 Mio. Menschen in extreme Armut (→ World Bank 2022: 50). Eine steigende Inflation, die wachsende soziale Ungleichheit und gewaltsame Konflikte sorgten für weitere Rückschläge. So waren laut VN-Schätzungen Ende 2022 rund 670 Mio. Menschen von extremer Armut betroffen. Zugleich verfügte mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung über keinerlei soziale Absicherung. Hält das derzeitige Fortschrittstempo an, werden 2030 voraussichtlich noch immer rund 575 Mio. Menschen (etwa 7 % der Weltbevölkerung) in extremer Armut leben (→ Vereinte Nationen 2023: 12–13) → **21** / 76.

21 Anteil der Weltbevölkerung, der von weniger als 2,15 US-\$ am Tag lebt (tatsächliche Entwicklung 2015–2019 und Fortschreibung/Prognose 2020–2030)

Quelle → 2 / 91



Rückschritte gibt es auch bei der Bekämpfung von Hunger und Fehlernährung (SDG 2). Klimabedingte Schocks, die negativen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und des Ukrainekriegs auf die globale Lebensmittelversorgung sowie stark gestiegene Nahrungsmittelpreise verschärfen vielerorts die Ernährungssituation. Schätzungsweise 735 Mio. Menschen – rund 122 Mio. mehr als 2019 – litten 2022 an chronischem Hunger und befanden sich demnach in einem Zustand dauerhafter Unterernährung. Darüber hinaus hat weltweit fast jeder dritte Mensch (ca. 2,4 Mrd.) keinen gesicherten Zugang zu angemessener und ausreichender Nahrung (Vereinte Nationen 2023: 14). Von Ernährungsunsicherheit überproportional betroffen sind Menschen im ländlichen Raum und Frauen (→ FAO et al. 2023: 25). Zudem waren 2022 rund 29 % aller Kinder unter fünf Jahren akut oder chronisch mangelernährt mit schwerwiegenden Folgen für ihre körperliche und geistige Entwicklung (→ Vereinte Nationen 2023: 15).

Auch SDG 16, das in seiner Ausrichtung durchaus umstritten ist → **22** / 77, bleibt hinter seinen Zielvorgaben zurück. Anhaltende und neue Gewaltkonflikte, strukturelle Ungerechtigkeiten sowie Defizite beim Menschenrechtsschutz behindern die Umsetzung. Ein Viertel der Weltbevölkerung lebt in Konfliktregionen (→ UN Secretary-General 2023: 22). Zugleich hat sich die Zahl der gewaltsam Vertriebenen in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt – auf über 108 Mio. Menschen am Ende des Jahres 2022 (→ Vereinte Nationen 2023: 44). Auch die anvisierte, deutliche Reduzierung der Mordrate bis 2030 ist nicht in Sicht: 2021 wurden weltweit rund 458.000 Menschen Opfer von Tötungsdelikten – die höchste Zahl der letzten 20 Jahre (→ ebd.) → **1**.

Ein Viertel der Weltbevölkerung lebt in Konfliktregionen



22 SDG 16 in der Kritik

SDG 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ verbindet gleich drei Themen. „Frieden“ erscheint hier im Emblem mit der Friedenstaube auf den ersten Blick als sehr präsent. Betrachtet man allerdings die konkreten Zielsetzungen (targets), fällt auf, dass sich die meisten Ziele mit klaren Indikatoren auf die „starken Institutionen“ beziehen und Frieden in nur drei Fällen erwähnt wird.

Die Verringerung der Anzahl von Kriegstoten (16.1) und des illegalen Waffenhandels (16.4) sind die konkretesten Zielsetzungen, auf die sich die Weltgemeinschaft einigen konnte. Dagegen findet weder eine Ächtung von Kriegen statt, noch werden Rüstungsdynamiken in den Blick genommen oder die innerstaatliche Dimension von Gewaltkonflikten angesprochen.

In der SDG-Debatte kommt der Nexus zwischen Frieden und Entwicklung viel zu kurz – also die Frage, wie sich Kriege und Bürgerkriege auf die Erreichung der anderen SDGs auswirken. Darüber hinaus sollten auch die weltweiten Rüstungsausgaben, die gerade in den letzten Jahren stark angestiegen sind → **3** / 95–97, mit der Nachhaltigkeitsdebatte in Verbindung gesetzt werden. Die finanziellen Ressourcen, die für die weltweite Transformation zu einer nachhaltigen Welt so dringend benötigt werden, stehen bereits zur Verfügung: in den Verteidigungshaushalten der Industriestaaten.

GEFÄHRDUNG DES GLOBALEN FRIEDENS2
78

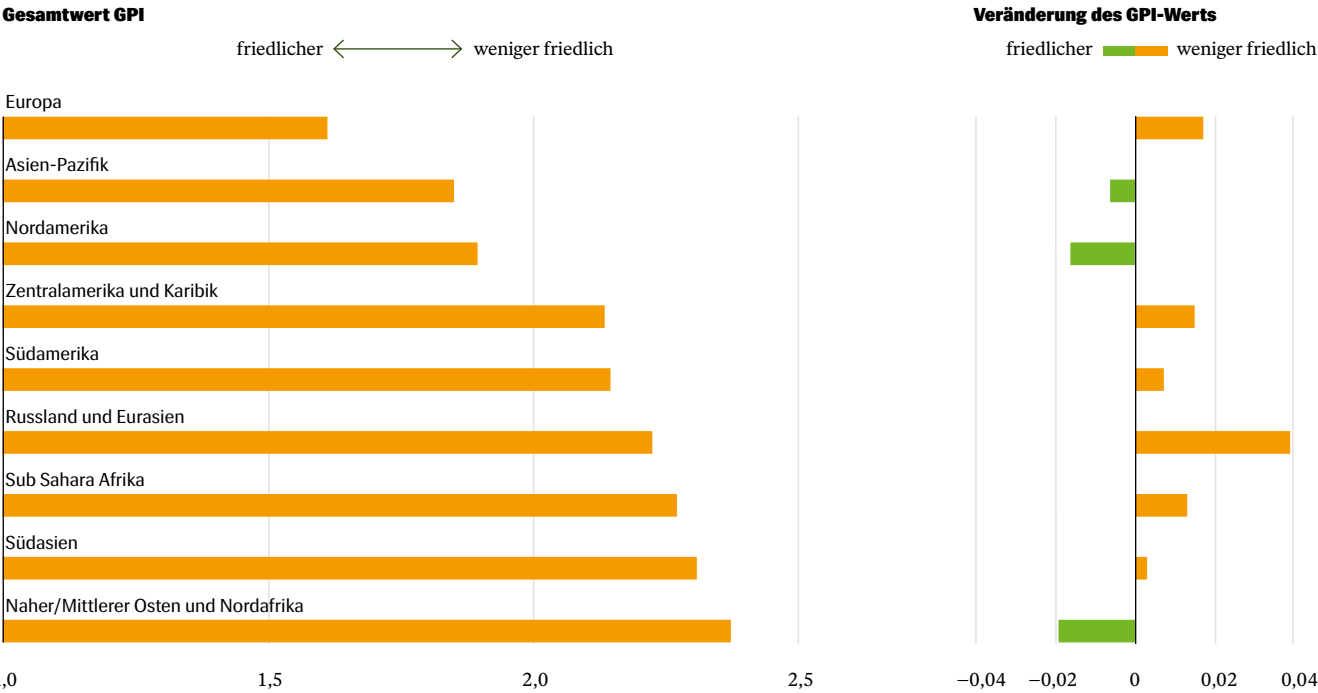
Die prekäre Lage bei SDG 16 spiegelt sich auch im GPI wider. Er misst die globale Entwicklung von Frieden anhand von 23 Indikatoren in drei Dimensionen: anhaltende Konflikte, Sicherheit und Militarisierung. Die Daten des GPI 2023 machen deutlich, dass 2022 zum neunten Mal in Folge ein negativer Trend verzeichnet wurde – die 13. Gesamtverschlechterung seit Beginn des GPI 2008. In 84 Ländern gab es einen Abwärtstrend, während in 79 Ländern Verbesserungen verzeichnet wurden. Regional betrachtet verschlechterte sich am deutlichsten die Situation in Russland, Eurasien und Europa. Diese Entwicklung ist durch den Angriffskrieg auf die Ukraine zu erklären, der 2022 zu den Konflikten mit den meisten Toten zählte. Aber auch die Rückschritte in Zentralamerika und der Karibik sowie in Sub-Sahara Afrika waren erheblich → **23** /79. Zu Verbesserungen kam es in Nordamerika sowie im Raum Asien-Pazifik, im Nahen Osten und in Nordafrika – zumindest bis zum Ausbruch des Israel-Gaza-Kriegs im Oktober 2023.

2022 war das tödlichste Jahr seit dem Genozid in Ruanda 1994. Seit 2008 sind die Todeszahlen im Rahmen innerstaatlicher Konflikte um 14,6 % gestiegen. Allein der Konflikt zwischen der Tigray People's Liberation Front (TPLF) und der äthiopischen und der eritreischen Regierung führte zu über 100.000 Todesopfern. Bezieht man auch die Opfer durch die humanitäre Blockade der Region und die daraus resultierende Hungersnot ein, sind es schätzungsweise sogar 600.000 Tote. Mali und Myanmar waren ebenfalls unter den Ländern, in denen es 2022 zu einem besonders großen Anstieg von Konflikttoten kam. In Ländern wie Libyen, Burundi, dem Oman und der Côte d'Ivoire kam es hingegen jeweils zu einer Verbesserung der Friedenssituation → **24** /79.

2022 war das
tödlichste Jahr
seit dem Genozid
in Ruanda

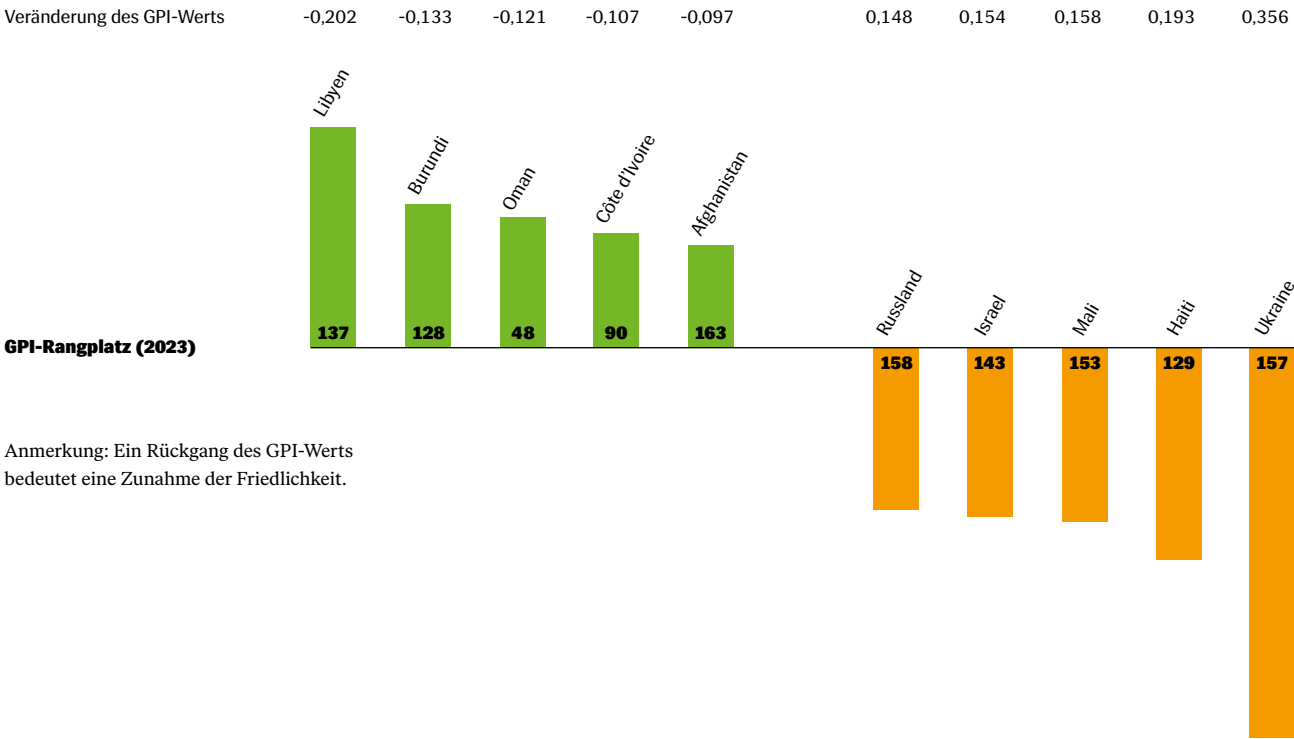
23 Regionale Auswertung des GPI 2023 – in sechs der neun Weltregionen nahm Friedlichkeit ab

Quelle → 2 / 91



24 Verbesserungen und Verschlechterungen des GPI-Werts (2022–2023)

Quelle → 2 / 91



2.2 ✓ Falsche Strategien?

Warum Armut, Hunger und Gewalt andauern

Die skizzierten Entwicklungen zeigen: Zentrale SDGs sind in Zeiten multipler Krisen nicht wetterfest verankert. Offenbar stößt der technokratische top-down-Ansatz der SDGs, der auf den politischen Willen der Staatengemeinschaft, ausreichende Finanzmittel und staatliche Institutionen setzt, an Grenzen. Dies ist umso misslicher, als zentrale SDGs eng miteinander verschränkt sind und sich daher Negativtrends wechselseitig verstärken und im Extremfall zu einer Gewalteskalation führen können. Entsprechend bekennt sich die Bundesregierung auch in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie zur SDG-Erreichung. So heißt es dort: „Globale Klima-, Umwelt-, Ernährungs- und Ressourcenpolitik ist Sicherheitspolitik. Den Rahmen deutschen Handelns bilden dabei die Agenda 2030 mit ihren Nachhaltigkeitszielen und die internationalen klima-, umwelt- und ernährungspolitischen Vereinbarungen“ (→ Bundesregierung 2023: 64). Die Kehrseite dieses Verständnisses ist allerdings, dass die SDGs zunehmend sicherheitspolitisch gedeutet werden. Dies beinhaltet die Gefahr, dass Entwicklungspolitik ihre eigenständige Legitimation verliert und primär durch die Brille eigener Interessen des Globalen Nordens betrachtet wird.

GRÜNDE FÜR DAS VERSAGEN BEI DEN SDGs UND ALTERNATIVEN

Zwei prominente Faktoren sind für die mangelnden Fortschritte verantwortlich: Erstens, multiple Krisen mit globalen Auswirkungen haben zugenommen und verstärken sich wechselseitig. Zweitens, das Vertrauen in die Logik des top-down-Ansatzes ist unbegründet. Es fehlt diesem Ansatz an lokaler Kontextualisierung, er ist bürokratisch ineffizient und läuft Gefahr, zu Korruption und mangelnder Rechenschaftspflicht auf nationaler und lokaler Ebene beizutragen. Als Alternative diskutieren wir bottom-up-Ansätze, die einige Vorteile bieten können: Sie setzen an lokalen Bedürfnissen und Wissensbeständen an und führen potenziell dazu, dass sich die Betroffenen mit Projekten identifizieren. Außerdem erhöhen sie die Resilienz von Gemeinschaften, das heißt die Handlungsfähigkeit, auf externe und interne Schocks angemessen zu reagieren und Lehren aus vergangenen Erfahrungen zu ziehen (→ Debiel et al. 2023).

Lokales Engagement
für Frieden erhöht
die Resilienz
von Gemeinschaften

Um die Verwundbarkeit zu vermindern, ist der HDP-Nexus von besonderer Bedeutung. Mit seiner Hilfe sollen humanitäre Hilfe, Entwicklung und peacebuilding besser verzahnt werden. Allerdings kann dies nur gelingen, wenn auch Strukturen der bad governance (schlechte Regierungsführung wie etwa Korruption, gesellschaftliche Ungleichheit oder Rechtsunsicherheit) politisch thematisiert und nachdrücklich bekämpft werden. Auch in der Klimapolitik muss umgesteuert werden. Hier sind strukturelle Maßnahmen wie der „Loss and Damage Fund“ konsequent mit finanziellen Mitteln auszustatten. Die diesbezüglichen Fortschritte bei der Weltklimakonferenz im Dezember 2023 (COP 28) waren erfreulicherweise maßgeblich auf das Engagement der Bundesregierung zurückzuführen.

Der Glaube
an technokratische
Lösungen muss
hinterfragt werden

Auch wenn der Entstehungsprozess der SDGs schon wesentlich inklusiver war als der der vorangegangenen MDGs (Millennium Development Goals), teilen sie doch das Grundproblem eines technokratischen und eurozentrischen Verständnisses von „Entwicklung“ durch „von oben“ gesteuerte Planungs- und Monitoringprozesse: Komplexe Realitäten, insbesondere im Globalen Süden, werden oft nicht angemessen berücksichtigt. Die Umsetzung der globalen SDGs in lokale Ziele durch Expert:innen und Eliten gilt als ineffektiv und steht im Widerspruch zu lokalen Prioritäten und oft informellen Kontexten. Transformationsprozesse lassen sich schwer von oben steuern. Um überhaupt alternative Pfade imaginieren zu können, wie trotz der hohen Komplexität globaler Herausforderungen Transformation erreicht werden kann, muss der Glaube an technokratische Lösungen hinterfragt werden.

Wie kann nun die Erreichung zentraler SDGs wieder auf die Spur gebracht werden? Partizipativere Prozesse können politischen Entscheidungsträger:innen besseren Einblick in lokale Gegebenheiten gewähren. Dadurch können im besten Fall die Prioritätensetzung erleichtert, unbeabsichtigte Folgen besser erkannt und Konfliktpotenziale reduziert werden. Damit dies funktionieren kann, müssen solche Prozesse allerdings möglichst transparent und inklusiv gestaltet werden, da auch sie sonst Gefahr laufen, bestehende Ungleichheiten lediglich zu verstärken. Um dem Anspruch der SDGs, „niemanden zurückzulassen“, gerecht zu werden, müssen insbesondere Menschen aus marginalisierten Gemeinschaften Unterstützung in Form von Wissen und Ressourcen erhalten, die sie brauchen, um effektiv mitzugestalten. Um das Ziel eines systemischen Wandels zu erreichen, gilt es, die „Lücke zwischen Reden und transformativem Handeln“ zu schließen (→ Beisheim 2023, 13; deutsche Übersetzung). Wichtig ist dafür nicht zuletzt, die Ziele im jeweiligen lokalen Kontext zu erzählen und umzusetzen.

Im Folgenden nehmen wir überzeugende Beispiele alternativer Zugänge in den Blick, die Entwicklungserfolge sowie Gewaltprävention und Konfliktbeilegung erreicht haben, und diskutieren, wie sich derartige good practices aus ihren lokalen Bezügen in andere Kontexte übertragen lassen und wo gegebenenfalls ihre Grenzen liegen.

ARMUTSBEKÄMPFUNG UND ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT IM LÄNDLICHEN RAUM

Initiativen zur Armuts- und Hungerbekämpfung müssen die verschiedenen Sektoren und Ebenen von governance miteinander verschränken. Entsprechend verfolgt auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit der im September 2022 veröffentlichten Kernthemenstrategie „Leben ohne Hunger – Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme“ einen multisektoralen Ansatz, der die drei Handlungsfelder „Ernährungssicherung“, „Ländliche Entwicklung“ und „Landwirtschaft“ als komplementär begreift. Ziel ist es, das Recht auf Nahrung für alle Menschen unter Berücksichtigung der planetaren Grenzen zu verwirklichen. In Zusammenarbeit mit Partner:innen aus Regierungen, internationalen Organisationen, der

Zivilgesellschaft, der Privatwirtschaft und der Wissenschaft will die Strategie eine Transformation der globalen Agrar- und Ernährungssysteme bewirken, sodass diese zukünftig sozial gerecht, ökonomisch, ökologisch nachhaltig sowie resilient gegen Schocks sind.

Die Strategie beinhaltet drei konkrete Maßnahmen. Als Erstes sollen lokale Ansätze zur „Selbstbefähigung“ (empowerment) marginalisierter ländlicher Bevölkerungsgruppen mit Bodeneigentums- und Nutzungsrechten verknüpft werden. Bäuer:innen sorgen für den Erhalt und die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit ihres Ackerlandes und investieren insbesondere dann in eine Intensivierung der Landnutzung, wenn ihnen das Land gehört oder sie zumindest langfristige Nutzungsrechte dafür haben. In Äthiopien wird seit 2003 nahezu landesweit die Registrierung von Ackerflächen und die Vergabe von Landtiteln für Ehepaare gemeinsam vorangetrieben. Seither wurden Böden und Gewässer deutlich besser geschützt und weit mehr Bäume, also Dauerkulturen, gepflanzt. Bäuer:innen können deswegen ihr Einkommen steigern. Darauf aufbauend unterstützt ein von der Welthungerhilfe gefördertes Vorhaben im Norden Äthiopiens die kleinbäuerlichen Betriebe beim Ressourcenmanagement und der Intensivierung der Landnutzung. Zu den Projektwirkungen befragte Bäuer:innen erklären, dass sie nunmehr drei Ernten statt nur einer pro Jahr erzielen könnten. Der erwirtschaftete Gewinn ermöglicht Investitionen, beispielsweise in die Bildung der Kinder, eine verbesserte Ernährung, den Erwerb weiteren Landes oder den Aufbau einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit, die dauerhaft aus der Armut herausführen können.

Die Unterstützung
kleinbäuerlicher
Betriebe zieht weitere
positive Kreise

Zweitens greifen diese neuen Methoden des Anbaus oder des Ressourcenmanagements besonders gut, wenn angepasste Spar- und Kreditprodukte für die Bäuer:innen angeboten werden. Denn oft beeinträchtigen eine schwache Kapitalausstattung und ein mangelnder Zugang zu Finanzdienstleistungen die Produktivität kleinbäuerlicher Betriebe. Hier setzt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit einem Vorhaben zur Förderung der Agrarfinanzierung im ländlichen Raum an, im Rahmen dessen Bäuer:innen ein grundlegendes Finanzwissen erhalten. Finanzinstitute werden darin unterstützt, Spar- und Kreditprodukte zu entwickeln, die auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft zugeschnitten sind. Studien in Benin und Sambia (→ vgl. Gaesing et al. 2023a; 2023b) zeigen, dass sowohl Bäuer:innen als auch Finanzdienstleister:innen die Schulungen schätzen: Sie tragen zum Abbau gegenseitiger Vorbehalte bei, sensibilisieren die Finanzinstitute für die Situation der Kleinbetriebe und verhelfen den Landwirt:innen zu fundierteren Investitionsentscheidungen. Der gezielte Einsatz von Krediten zeigt Wirkung, wenn er mit Anbaumethoden verbunden wird, die an die veränderten Klimabedingungen angepasst sind und die Bodenproduktivität steigern. Dies verhilft Kleinbetrieben zudem zu Produktivitätssteigerungen, die sich positiv auf die Einkommenssituation und die Nahrungsmittelverfügbarkeit im ländlichen Raum auswirken.

Drittens entfaltet die für Kinder wichtige Maßnahme der Schulspeisung, die international als ein Beitrag zur sozialen Sicherung gilt, ökonomische Folgewirkungen, wenn sie mit lokalen Beschaffungen verbunden und gegebenenfalls auch international unterstützt wird. Infolge der Covid-19-Pandemie erwies sich die Schulspeisung als wirksames Mittel, um Millionen Kinder aus armen Haushalten wieder zurück in die Schulen zu bringen. Spätestens mit der Gründung der „School Meals Coalition“ im Jahr 2021 steht sie auch auf der Agenda der meisten Staaten mit niedrigem und mittlerem Einkommen. In der Praxis zeigt sich, dass auf politische Deklarationen zwingend praktische Schritte zur flächendeckenden Einführung folgen müssen. Dazu zählen bindende gesetzliche Vorgaben und vor allem ein gesichertes, kontinuierlich ansteigendes Budget. Arme Staaten, die sich den Wandel von isolierten Schulspeisungsprojekten zu einem landesweiten Programm nicht sofort leisten können, bedürfen womöglich einer befristeten Geber:innenunterstützung. Parallel müssen frühzeitig Strukturen, vor allem in den Kommunen, aufgebaut werden, damit diese innerhalb weniger Jahre zumindest die benötigten Grundnahrungsmittel für alle Schulen nachhaltig bereitstellen können. Als wirkungsvoll hat sich im Vergleich zum zentralen Ankauf von Nahrungsmitteln die lokale Beschaffung erwiesen, die bäuerlichen Betrieben und dem Handel vor Ort nutzen und das Engagement und die ownership der Gemeinde fördert, wovon auch der Unterhalt der Schulen profitiert.

Schulspeisung holt
Kinder aus armen
Haushalten zurück
in die Schulen

Erfolg bei Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit im ländlichen Raum ist voraussetzungsfull. Nur Landsicherheit und eine ganzheitliche Förderung bieten für Betriebe Potenziale der Weiterentwicklung, beispielsweise eine Vermarktung im Interesse der Bäuer:innen und Investitionen in die Verarbeitung der Ernteprodukte über einen Kleinstbetrieb hinaus. Ganzheitliche Förderung meint dabei die Versorgung mit Wasser und Elektrizität, den Bau von Straßen und Wegen sowie einen guten öffentlichen Transport, Bildungs-, Fortbildungs- und Gesundheitseinrichtungen wie auch Finanzdienstleistungen. Der fortschreitende Klimawandel und der rapide Biodiversitätsverlust rücken zugleich den Schutz und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen bei der Gestaltung zukunftsfähiger ländlicher Räume in den Fokus. Das BMZ nimmt mit der Kernthemenstrategie „Leben ohne Hunger“ diese ganzheitliche Förderung des ländlichen Raums – zumindest auf dem Papier – stärker in den Blick, wird sich jedoch an der konkreten Umsetzung messen lassen müssen.

Gerade in Afrika verhindert die meist geringe Kapitalausstattung kleinbäuerlicher Betriebe nicht nur Investitionen zur Produktionssteigerung, sondern auch notwendige Anpassungsmaßnahmen an die sich verändernden klimatischen Bedingungen. Zwar sind mittlere landwirtschaftliche Betriebe mit einer effizienten Produktion in vielen afrikanischen Ländern auf dem Vormarsch, diese werden jedoch häufig von Politiker:innen, Verwaltungsfunktionär:innen oder Lehrer:innen aufgebaut, die nicht primär von der Landwirtschaft abhängig sind. Zudem manifestieren vielerorts diskriminierende Gesetze und soziale Normen Geschlechterungleichheiten, die es Frauen in der Regel erschweren, ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Die 2023 vorgelegte neue Afrikastrategie

des BMZ mit dem Titel „Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten“, die die paternalistisch anmutende Vorgängerstrategie „Marshallplan mit Afrika“ ablöste, enthält mit Blick auf die Bekämpfung von Armut und Ernährungsunsicherheit viele solide Anliegen. Sie reichen von einer Stärkung der Zivilgesellschaft über Hungerbekämpfung bis hin zum Ausbau der Produktion von grünem Wasserstoff. Wenngleich die Strategie des BMZ afrikanische Freihandelsabkommen unterstützt, hält das Papier allerdings an den stark kritisierten Handels- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und afrikanischen Ländern (EPAs) fest, die Letztere wirtschaftlich benachteiligen.

PEACEBUILDING UND DER NEXUS ZWISCHEN HUMANITÄRER HILFE, ENTWICKLUNG UND FRIEDEN

Im Bereich des peacebuilding werden top-down-Ansätze häufig auf lokaler Ebene als unangepasst oder gar als von außen auferlegter Zwang wahrgenommen. Umso wichtiger ist es, Akteur:innen vor Ort einzubeziehen und zu unterstützen. Entsprechend gibt es auf internationaler Ebene Bemühungen, die Eigenverantwortung und Handlungsfähigkeit lokaler Akteur:innen in den Mittelpunkt zu stellen. Trotz dieses local turn (→ Mac Ginty/Richmond 2013) überwiegen in der Praxis weiterhin top-down-Ansätze, was nicht nur eurozentrisch und bevormundend ist, sondern häufig auch ineffektiv. Für die Friedenskonsolidierung spielen lokale Institutionen und Traditionen der alltäglichen Konfliktbearbeitung eine zentrale Rolle. Wenn, wie etwa im Friedensprozess im Norden Ghanas → **25/84**, ein hohes Maß an Verantwortung bei Akteur:innen auf Gemeindeebene liegt, können lokale Prozesse der Versöhnung und des Vertrauensaufbaus im Mittelpunkt stehen.

Im peacebuilding
überwiegen
noch immer die
top-down-Ansätze

25 Lokale Friedenskomitees im Norden Ghanas

Besonders die drei nördlichsten Regionen Ghanas sind in den vergangenen Jahrzehnten Schauplatz gewaltsamer Konflikte geworden. Diese Auseinandersetzungen – über Nachfolgeregelungen traditioneller Autoritäten (Chiefs) und über Ressourcen wie Land – sind durch Friedensabkommen beigelegt worden. Bei der Erhaltung des Friedens auf lokaler Ebene spielen örtliche Friedenskomitees (Local Peace Committees, LPCs) eine wichtige Rolle. Sie setzen sich zusammen aus Menschen, die vor Ort leben und von den Konflikten betroffen sind. Zum Teil entstanden sie aus Eigeninitiative der Bewohner:innen, aber auch Nichtregierungsorganisationen (NROs) oder die katholische Kirche spielten bei der Gründung eine

Rolle. Durch ihre Vertrautheit mit der lokalen Situation und den Problemen sowie durch persönliche Kontakte können die Mitglieder Konfliktpotenziale frühzeitig erkennen. Die LPCs agieren auch als Schlichter in gewaltfreien Auseinandersetzungen. Sie sind daher ein wichtiger Teil eines Frühwarnsystems aus staatlichen und nicht-staatlichen Strukturen, in denen persönliche Kontakte eine zentrale Rolle spielen. Für die anhaltende Informationsbeschaffung und Verifizierung sind Motorräder, Benzin oder mobile Daten notwendig – Ressourcen, über die die LPCs nicht durchgängig verfügen. Daher sind sie in ihrem Bestehen auf externe Unterstützung angewiesen.

26 Bottom-up-Friedensprozesse in Nordkenia und dem Südsudan

In Nordkenia, in Marsabit County an der Grenze zu Äthiopien, haben Viehhirt:innen gegen Ende der zweieinhalbjährigen Dürre im Jahr 2022 begonnen, Friedenstreffen zwischen zuvor verfeindeten ethnischen Gruppen zu organisieren. Das Ziel war, nach der Dezimierung ihrer Viehbestände durch die Dürre und nach Monaten andauernder Kämpfe im ländlichen und städtischen Raum Marsabits, wieder friedlich zusammenzuleben und wirtschaftliche Tätigkeiten aufnehmen zu können. Regional tätige Friedensorganisationen, die internationale Finanzierung erhalten, unterstützten diese lokalen

Initiativen und tragen so zu längerfristigen Friedensprozessen bei. Im Südsudan, wo nach dem 2018 vereinbarten nationalen Friedensabkommen nach wie vor bewaffnete Konflikte in vielen Regionen vorherrschen, konnte 2022 die eskalierende Gewalt in Unity State im Norden des Landes durch eine lokale Friedenskonferenz eingedämmt werden. An dieser Konferenz nahmen die Konfliktparteien der Region teil ebenso wie staatliche Institutionen und Regierungsvertreter:innen, internationale Organisationen und die United Nations Mission in South Sudan (UNMISS).

Ein positives Beispiel für eine Friedensmission, in der internationale Akteur:innen lokal gesteuerte Friedens- und Versöhnungsprozesse flexibel unterstützten, ist die in Bougainville. In den 1990er Jahren wurde die Insel im Pazifik von einem Gewaltkonflikt um die Sezession von Papua-Neuguinea erschüttert. Der Schwerpunkt dieser verhältnismäßig kleinen, unbewaffneten Missionen (in Form einer UN Monitoring Mission und einer regionalen Peace Monitoring Group) lag nicht so sehr im Aufbau von Institutionen. Vielmehr ging es darum, die lokal üblichen Versöhnungszeremonien zu ermöglichen und Vertrauen aufzubauen – gegebenenfalls auch mit Mitteln, die über die Mandate der Missionen hinausgingen. Ein solcherart gestaltetes peacebuilding geht über einen Ansatz lokaler Partizipation und ownership hinaus, der das Lokale nach wie vor als Mittel zum Zweck, gegebenenfalls auch als Hindernis für den Frieden, betrachtet. Es zielt auf eine bewusst dialogische Friedensförderung, die kulturell sensibel, selbst-reflexiv und lokal verbunden ist (→ Boege und Rinck 2019). Neben derartigen Erfolgsgeschichten weisen eine Reihe internationaler Einsätze aber auch gemischte Bilanzen auf. Zunehmend erfahren VN-Missionen Kritik und Widerstand, wie zum Beispiel in der Demokratischen Republik Kongo. Hinzu kommt, dass die VN kaum mehr neue Friedensmissionen mandatieren. Damit einher geht die steigende Bedeutung afrikanischer Regionalorganisationen. So wurden 2022 vier von fünf neuen Friedensmissionen von afrikanischen Regionalorganisationen eingesetzt.

Gemeinhin wird angenommen, dass regionale Friedensbemühungen aufgrund ihrer geografischen und kulturellen Nähe eine höhere Akzeptanz in den betroffenen Gesellschaften genießen. Neue Forschungsdaten zur lokalen Wahrnehmung von Interventionen der Afrikanischen Union (AU) und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) in Burkina Faso (2014/15) und Gambia (seit 2016) zeichnen jedoch ein komplexeres Bild (→ Witt et al. 2024): Die Interventionen sind vor Ort umstrittener als angenommen; sie werden als parteiisch, zu spät oder zu invasiv kritisiert. In beiden Ländern zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Perspektiven der Eliten und jenen der gewöhnlichen Bürger:innen. Letztere schätzen insbesondere die Wieder-

herstellung des „normalen Lebens“, kritisieren aber auch, dass die Missionen vor allem Lösungen für Eliten schaffen und die vielfältigen Lebensrealitäten der Bevölkerung ignorieren. Bisher wird sowohl in der strategischen Planung als auch in der Evaluierung von Missionen wenig auf lokale Perspektiven geachtet. Das sollte sich ändern. Denn wird die Kritik aus der Bevölkerung ignoriert, führt dies zu Ablehnung und Widerstand. Werden Bedenken hingegen durch Erwartungsmanagement oder alltägliche zivil-militärische Aktivitäten – wie etwa gemeinsames Fußballspielen oder Lebensmittelspenden zum Fastenbrechen im Ramadan – präventiv adressiert, kann sich die öffentliche Akzeptanz (auch nachträglich) zum Positiven verändern.

Beim peacebuilding sollten im Sinne hybrider governance lokale Autoritäten, nationale Institutionen und internationale Organisationen berücksichtigt werden. Auch die Verknüpfung mit humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ist wünschenswert. Im Nachgang der Veröffentlichung der SDGs im Jahr 2015 gab es die große Hoffnung, dass diese stärkere Verzahnung gerade im Hinblick auf SDG 16 Fortschritte bringen könnte. Auf dem World Humanitarian Summit 2016 verpflichteten sich internationale Hilfsorganisationen, allen voran die VN Institutionen, auf eine neue Arbeitsweise („New Way of Working“), die seitdem als HDP-Nexus bekannt ist (→ Debiel et al. 2023). In den letzten Jahren wurde der HDP-Nexus-Ansatz vor allem von VN Organisationen und Geberländern vorangetrieben. Auch das BMZ und das Auswärtige Amt (AA) haben den HDP-Nexus in ihre Strategien einbezogen.

Der HDP-Nexus-Ansatz wird jedoch auch kritisiert. Zum einen verknüpfen staatliche Geber:innen wie die EU den HDP-Nexus-Ansatz im Sinne eines integrierten Ansatzes mit Stabilisierungs- und sicherheitspolitischen Maßnahmen. Dies birgt die Gefahr der Vereinnahmung für sicherheitspolitische Interessen. Zum anderen wird der Ansatz in vielen Kontexten als top-down-Ansatz wahrgenommen, der staatlichen und nicht-staatlichen Akteur:innen wenig Mitsprache und Gestaltungsspielraum lässt. Letzteres ist auch vor dem Hintergrund problematisch, dass neben der besseren Koordination das Bestreben einer „Lokalisierung“ im Vordergrund dieser Agenda steht (→ Müller-Koné et al. 2024). Lokale Hilfs- und Friedensorganisationen sollten bis 2020 25 % der internationalen Hilfgelder direkt erhalten und verwalten und damit gestärkt werden – bisher sind es allerdings weiterhin nur 1,2 % (→ Development Initiatives 2023).

Tatsächlich sind lokale Friedensorganisationen und -initiativen von großem Wert, gerade im Sinne des Do No Harm-Prinzips, demzufolge externe Einflussnahme selbst bei bestem Willen Schaden anrichten und sogar zur Verschärfung von Konflikten beitragen kann. Da sie die Hintergründe der Konflikte und die politischen und sozialen Sensibilitäten gut kennen, können sie lokale Kontext- und Konfliktanalysen übernehmen, die Teil der guten Praxis im Sinne des HDP-Nexus sind. In der Praxis internationaler Hilfsorganisationen fehlen diese aber immer noch häufig oder sind zu unspezifisch. Gleichzeitig sind lokale Akteur:innen häufig besser in der Lage, kontextspezifisch angepasste Friedensaktivitäten zu gestalten. Ihnen kommt somit eine große Bedeutung in Bottom-

Up-Friedensprozessen zu, die in weiten Teilen Afrikas eine wichtige Rolle bei der Eindämmung von bewaffneten Konflikten spielen.

Die lokale Dimension ist zudem bedeutsam für die Vorbeugung dschihadistischer Gewalt, etwa in Westafrika. Entsprechende Bemühungen müssen transnational vernetzt sein, um erfolgreich sein zu können, da sich der Dschihadismus insbesondere über Grenzregionen ausbreitet. Mali ist ein prominentes Beispiel. Seit dem Kriegausbruch im Jahr 2012 haben dschihadistische Gruppen, aktuell insbesondere Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM) und der Islamische Staat, einen rasanten Aufstieg erlebt und sich rasch nach Niger und Burkina Faso ausgebreitet. Diese Gruppen nutzen aus, dass die betroffenen Staaten ihr Territorium nicht effektiv kontrollieren und die Grenzen daher extrem durchlässig sind. Hinzu kommt, dass sie ethnische Konflikte um den Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen für ihre Zwecke instrumentalisieren. Nicht zuletzt trägt die stark wachsende Jugendbevölkerung ohne Perspektiven dazu bei, dass sie recht einfach Kämpfer rekrutieren können → 1/56–57.

In der Sahelzone breitet sich dschihadistische Gewalt immer weiter aus und droht, auch auf die benachbarten Küstenstaaten wie Ghana, Benin, Togo oder Côte d'Ivoire überzugreifen. Im Raum steht die Befürchtung, dass militant-islamistische Gruppen lokale intra- und inter-ethnische Spannungen, die etwa im Norden Ghanas zu beobachten sind, für Rekrutierungszwecke nutzen könnten. Vorschnelle Spekulationen über die dschihadistische Infiltrierung lokaler Konflikte sollten jedoch vermieden werden, da das Framing einzelner lokaler Gemeinschaften als potenzielle Verbündete dschihadistischer Gruppen das Risiko birgt, repressive staatliche Maßnahmen hervorzurufen, die einen Nährboden für extremistische Mobilisierung erst schaffen.

Im Jahr 2017 vereinbarten mehrere der genannten Küstenstaaten und Burkina Faso im Rahmen der Accra Initiative, im Kampf gegen den transnationalen Extremismus systematisch zu kooperieren. Ziele waren ein besserer Austausch von Informationen und die militärische Sicherung von Grenzgebieten. Für die wirksame Prävention dschihadistischer Rekrutierung ist aber auch die Schaffung sozio-ökonomischer Perspektiven für marginalisierte Bevölkerungsgruppen in den grenznahen Regionen von zentraler Bedeutung. Schließlich besteht eine der Hauptstärken der Dschihadist:innen darin, junge Menschen zu rekrutieren, die keine Aussicht auf eine nachhaltige Verbesserung ihrer Lebensbedingungen haben. Zudem lässt sich feststellen, dass Dschihadistengruppen schwer oder gar nicht mehr zu bekämpfen sind, wenn es ihnen gelingt, sich in lokale Gemeinschaften zu integrieren und deren Schutz zu erhalten. Einen vielversprechenden Ansatz bietet vor diesem Hintergrund das von der ivoirischen Regierung im Jahr 2020 aufgelegte Programm „PSGouv2“, das unter anderem darauf abzielt, die Jugendarbeitslosigkeit im Norden des Landes mittels Ausbildungsmaßnahmen und der Vergabe vergünstigter Kredite zu bekämpfen.

Lokale Friedensinitiativen und -mechanismen, inklusive Konfliktregelung oder ein dialogorientiertes peacebuilding stoßen jedoch auch an ihre Grenzen. Erstens können durch lokale Gruppen getragene Friedensinitiativen zwar zur Konfliktlösung und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Sie können aber keinen Frieden garantieren, wenn die Regierung bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Gruppen nicht unterbindet oder selbst in Kämpfe mit diesen Gruppen verwickelt ist. Zweitens gibt es keinen dauerhaften Frieden ohne Gerechtigkeit, Versöhnung und Wiedergutmachung. Lokale Friedensprozesse und Konfliktlösungsmechanismen kommen hier an ihre Grenzen, wenn etwa bewaffnete Gruppierungen für gezielte Tötungen, die Zerstörung von Häusern und die Plünderung von Hab und Gut nicht verantwortlich gemacht werden (können). Drittens erschwert das mangelnde Vertrauen in politische Eliten die Integration von top-down- und bottom-up-Ansätzen im Sinne einer hybriden Friedenssicherung. In Gemeinden, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, bestehen oftmals weit verbreitete Zweifel an der Fähigkeit und Bereitschaft des Staates (sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene), sie wirksam zu unterstützen und im Interesse der lokalen Gemeinschaften zu handeln. Trotz der Zweifel daran, dass sich Staaten und regionale Organisationen gegen bewaffnete Gruppen durchsetzen können, erwarten lokale Gemeinschaften weiterhin eine konsequente und effektive Regierungsführung.

Viertens wird Macht und Verantwortung häufig nur unzureichend an lokale Akteur:innen und Institutionen übertragen. Ein Grund dafür ist, dass externe Akteur:innen lokale Organisationen oftmals als parteiisch, korruptionsanfällig und unfähig erachten, während internationale Organisationen als unparteiisch und weniger korruptionsanfällig angesehen werden. Studien und Konsultationen haben gezeigt, dass diese ungleichen Machtstrukturen auch ein koloniales Erbe sind und sich beispielsweise in einem „White Saviour“ Komplex fortzuschreiben, in dem sich internationale „westliche“ Organisationen als „Retter“ befähigt sehen, andernorts Frieden zu stiften und Hilfen zu leisten. Mithin geht es auch um die Dekolonialisierung der internationalen Strukturen (→ Müller-Koné et al. 2024). Fünftens kann selbst ein relationales peacebuilding strukturelle Machtverhältnisse zwischen Intervent:innen und lokaler Bevölkerung sowie innerhalb patriarchalischer Gesellschaften nicht einfach überwinden.

Nichtsdestotrotz besteht in der Förderung lokaler Friedensinitiativen und -organisationen ein großes Potenzial. Es gibt viele Beispiele für gute Praxis, die auf die eben genannten Schwächen und Begrenzungen reagiert. So leisten etwa feministische Ansätze der Friedenskonsolidierung einen Beitrag zu positivem Wandel, ob durch die kreative Arbeit mit Exkombattant:innen mit dem Ziel der Versöhnung und Heilung, durch die Arbeit mit ehemaligen jugendlichen Gewalttäter:innen als peace champions für Deradikalisierung oder durch die Arbeit feministischer Männernetzwerke zur Transformation von Männlichkeitsverständnissen (→ Balbon et al. 2023). Internationale Akteur:innen können dies unterstützen. Doch das erfordert eine kontextsensible Strategie und eine nachhaltige und flexible Form der Unterstützung, die lokalen, weniger professionalisierten Gruppen Vertrauen schenkt und bestehende feministische Netzwerke unterstützt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Analyse der ausgewählten SDGs führt vor Augen, dass eine Hinwendung zu lokalen Ansätzen dringend geboten ist. Lokalen Organisationen und Initiativen – und damit können auch formalisierte Nichtregierungsorganisationen (NRO) und staatliche Institutionen gemeint sein – wird aufgrund von Vorurteilen und internationalen Machtungleichgewichten zu wenig Verantwortung für Friedens-, Entwicklungs- und humanitäre Arbeit übertragen, wie im Kontext der HDP-Nexus-Debatte deutlich wird. Doch diese bottom-up-Strategien können an begrenzten finanziellen Ressourcen und etablierten gesellschaftlichen Macht-hierarchien scheitern; ebenso wie an korrupten Akteur:innen, die es auf lokaler wie inter-nationaler Ebene gibt.

Wir plädieren für einen komplementären Ansatz, der lokale Strukturen zwar in den Vorder-ground stellt, diese jedoch in nationale Sicherungssysteme und internationale Unterstüt-zungsstrukturen einbettet und versucht, Machtungleichwichte zwischen und unter inter-nationalen, nationalen und lokalen Akteur:innen auszugleichen. Diese hybride governance berücksichtigt sowohl die formalen staatlichen Strukturen und internationalen Organi-sationen als auch gesellschaftliche Institutionen, die in Gebieten begrenzter Staatlichkeit oft die soziale Realität der Menschen bestimmen (→ Debiel/Dombrowski 2023).

Gegenüber herkömmlichen Konzepten fragiler Staatlichkeit, die eher auf die Defizite von Ordnungen als auf reale Funktionsweisen und Möglichkeiten schauen, stellt die Debatte um hybride governance trotz einiger Schwachstellen einen Fortschritt dar. Wichtig ist, dass sie neben der lokalen und nationalen Ebene auch die internationale und transnatio-nale Dimension einbezieht. Die globale Unterstützung ist dabei nicht zuletzt aufgrund des lokalen Ressourcenmangels oftmals unerlässlich. Deswegen müssen die deutlichen Kürzungen in BMZ- und AA-Haushalt für 2024 kritisch gesehen werden. Zugleich ist klar, dass sich allein mit zusätzlichen Ressourcen zentrale Entwicklungs- und Friedensprobleme nicht lösen lassen. Stattdessen müssen diese Ressourcenzuflüsse mit lokalen und natio-nalen Strukturen abgestimmt und eng an Kriterien der Rechenschaftspflicht gekoppelt werden. Nur so lässt sich auch in umfassender Weise das Do No Harm-Prinzip umsetzen.

Um eine echte, lokal geführte Lokalisierung und eine Ermächtigung lokaler Organisationen und von Krisen Betroffener zu erreichen, müssen internationale Akteur:innen darauf hinar-beiten, dass Machtungleichgewichte zwischen internationalen Geber:innen und Hilfsorgani-sationen und lokalen Organisationen reduziert und Machthierarchien innerhalb gewaltbetrof-fener Gesellschaften ausgeglichen statt verstärkt werden. Einen ersten sinnvollen Schritt stellt etwa das vom niederländischen NRO-Dachverband Partos entwickelte „Power Awareness Tool“ dar. Es zielt darauf ab, ein Bewusstsein für die multiplen Machtungleichheiten zu schaffen, indem Organisationen systematisch erfassen können, inwieweit die Partner:innen in Entscheidungsprozesse entlang des Projektmanagementzyklus einbezogen sind. Eine Analyse dieser Machtungleichheiten ist die Voraussetzung für die Einleitung eines transpa-renten und inklusiven Transformationsprozesses, der tatsächlich „niemanden zurücklässt“.

-
- 1 <https://willy-brandt.de/willy-brandt/reden-zitate-und-stimmen/zitate/>
(abgerufen am 17.03.2024).

Autor:innen

2
90

Sophia Birchinger

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Frank Bliss

INEF – Kooperationspartner

Prof. Dr. Tobias Debiel (Koordination)

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden,
Universität Duisburg-Essen

Dr. Karin Gaesing

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden,
Universität Duisburg-Essen

Dr. Boubacar Haidara

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Dr. Birgit Kemmerling

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Marie Müller-Koné

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Dr. Patricia Rinck (Koordination)

Universität Duisburg-Essen

Carolin Rosenberg

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden,
Universität Duisburg-Essen

Jannis Saalfeld

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden,
Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Conrad Schetter

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Jasmin Schmitz

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden,
Universität Duisburg-Essen

Dr. Antonia Witt

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Quellenverzeichnis

Balbon, Niklas/Habte, Fennet/Rotmann, Philipp/Friedrich, Julia/Christiansen, Younna 2023: Building Peace, the Feminist Foreign Policy Way. Good Practices (Report Global Public Policy Institute [GPPI]), Berlin.

Beisheim, Marianne (Hrsg.) 2023: Country-Level Politics around the SDGs. Analysing Political Will as a Critical Element of the Mid-Term Review of the 2030 Agenda and the SDGs (SWP Research Paper 7, Stiftung Wissenschaft und Politik), Berlin.

Boege, Volker/Rinck, Patricia 2019: The Local/International Interface in Peacebuilding: Experiences from Bougainville and Sierra Leone, in: International Peacekeeping 26: 2, 216–239.

Bundesregierung 2023: Nationale Sicherheitsstrategie: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland, Berlin, in: <https://www.bmvg.de/resource/blob/5636374/38287252c5442b786ac-5d0036ebb237b/nationale-sicherheitsstrategie-data.pdf>; 06.02.2024.

Debiel, Tobias/Dombrowski, Stephan 2023: Hybrid Political Orders in Fragile Contexts, in: Carment, David/Samy, Yiagadeesen (Hrsg.): Handbook of Fragile States, Cheltenham & Northampton, 137–151.

Debiel, Tobias/Dombrowski, Stephan/Haidara, Boubacar/Meininghaus, Esther/Noesselt, Nele/Radtke, Katrin/Saalfeld, Jannis/Schetter, Conrad/Schlüsing, Carina/Schmitz, Jasmin/Vüllers, Johannes/Weller, Daniel 2023: Verwundbarkeit und Resilienz im Zeichen multipler Krisen/Nachhaltiger Frieden, in: BICC/HSFK/INEF/IFSH (Hrsg.): Friedensgutachten 2023, Bielefeld, 65–83.

Development Initiatives 2023: Global Humanitarian Assistance Report 2023, in: <https://devinit.org/resources/global-humanitarian-assistance-report-2023>; 06.02.2024.

Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO)/International Fund for Agricultural Development (IFAD)/United Nations Children's Fund (UNICEF)/World Food Programme (WFP)/World Health Organization (WHO) 2023: The State of Food Security and Nutrition in the World 2023. Urbanization, Agrifood Systems Transformation and Healthy Diets Across the Rural–Urban Continuum, Rome, <https://doi.org/10.4060/cc3017en>; 12.03.2024.

Gaesing, Karin/Ache, Mika/Rosenberg, Carolin 2023a: SAMBIA: Förderung der Agrarfinanzierung, in: Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) AVE-Good-Practice-Reihe 28/2023, Duisburg.

Gaesing, Karin/Bliss, Frank/Agbobatinkpo-Dahoun, Candide/Dahoun, Maxime 2023b: Die Situation der Agrarfinanzierung in Benin. Bedarf, Herausforderungen und Akteure, (AVE-Studie 33/2023: Wege aus Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen), Duisburg.

Institute for Economics and Peace (IEP) 2023: Global Peace Index 2023. Measuring Peace in a Complex World, in: <https://www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2023/06/GPI-2023-Web.pdf>; 22.02.2024.

Kemmerling, Birgit/Schetter, Conrad/Wirkus, Lars 2022: The Logics of War and Food (In)Security, in: Global Food Security, 33, 1–8.

Mac Ginty, Roger/Richmond, Oliver P. 2013: The Local Turn in Peace Building. A Critical Agenda for Peace, in: Third World Quarterly 34: 5, 763–783.

Müller-Koné, Marie/Meininghaus, Esther/Kemmerling, Birgit/Haidara, Boubacar 2024: How Can the Humanitarian-Development-Peace Nexus Work from the Bottom Up? A Discussion Paper on Implementation Challenges from a Decolonial Perspective. Insights from Iraq, Mali and South Sudan (BICC Report), Bonn.

UN Secretary-General 2023: Progress towards the Sustainable Development Goals: Towards a Rescue Plan for People and Planet. Report of the Secretary-General (Special Edition), UN Dok. E/2023/64, in: https://hlpf.un.org/sites/default/files/2023-04/SDG%20Progress%20Report%20Special%20Edition_1.pdf; 08.01.2024.

Vereinte Nationen 2023: Ziele für nachhaltige Entwicklung. Sonderausgabe des Berichts, in: <https://www.un.org/Depts/german/millennium/SDG%20Bericht%202023.pdf>; 20.02.2024.

V-dem Institute 2023: Defiance in the Face of Autocratization. Democracy Report 2023 (University of Gothenburg), in: https://www.v-dem.net/documents/29/V-dem_democracyreport2023_lowres.pdf; 19.02.2024.

Witt, Antonia/Bah, Omar M./Birchinger, Sophia/Jaw, Sait Matty/Schnabel, Simone 2024: How African Regional Interventions are Perceived on the Ground. Contestation and Multiplexity, in: International Peacekeeping 31: 1, 58–86.

World Bank 2020: Fragility and Conflict: On the Front Lines of Fight against Poverty, in: <https://www.worldbank.org/en/topic/poverty/publication/fragility-conflict-on-the-front-lines-fight-against-poverty>; 06.02.2024.

World Bank 2022: Poverty and Shared Prosperity 2022. Correcting Course, Washington, DC, <https://openknowledge.worldbank.org/server/api/core/bitstreams/b96b361a-a806-5567-8e8a-b14392e11fa0/content>; 08.01.2024.

Abbildungen / Grafiken / Tabellen

20 / 75

Fortschrittsbewertung für die 17 VN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) auf der Grundlage der bewerteten Zielvorgaben 2023 oder aktuellste Daten

Vereinte Nationen 2023: Ziele für nachhaltige Entwicklung. Sonderausgabe des Berichts, <https://www.un.org/Depts/german/millennium/SDG%20Bericht%202023.pdf>, S. 8; 20.02.2024, angepasst von den Autor:innen, ©2023 Vereinte Nationen. Verwendet mit Genehmigung der Vereinten Nationen.

21 / 76

Anteil der Weltbevölkerung, der von weniger als 2,15 US-\$ am Tag lebt (tatsächliche Entwicklung 2015–2019 und Fortschreibung/Prognose 2020–2030) Vereinte Nationen 2023: Ziele für nachhaltige Entwicklung. Sonderausgabe des Berichts, <https://www.un.org/Depts/german/millennium/SDG%20Bericht%202023.pdf>, S. 12; 20.02.2024, angepasst von den Autor:innen, ©2023 Vereinte Nationen. Verwendet mit Genehmigung der Vereinten Nationen.

23 / 79

Regionale Auswertung des GPI 2023 – in sechs der neun Weltregionen nahm Friedlichkeit ab

Institute for Economics and Peace 2023: Global Peace Index 2023: Measuring Peace in a Complex World, Sydney, in: <http://visionofhumanity.org/resources>; 22.02.2024.

24 / 79

Verbesserungen und Verschlechterungen des GPI-Werts (2022–2023)

Institute for Economics and Peace 2023: Global Peace Index 2023: Measuring Peace in a Complex World, Sydney, in: <http://visionofhumanity.org/resources>; 22.02.2024.